

TAUWETTER

... *franziskanische Zeitschrift für Gerechtigkeit,
Frieden und Bewahrung der Schöpfung*



Börsen-7 **KRISE aus** *Dummheit & Gier*

I M P R E S S U M

Redaktion Tauwetter

Peter Amendt ofm, Stefan Federbusch ofm, Markus Fuhrmann ofm,
Jürgen Neitzert ofm,
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert ofm, Köln

Sie erreichen uns

Redaktion Tauwetter
Immermannstr. 20
Postfach 24 01 39 · 40090 Düsseldorf
Redtauwetter@aol.com
www.tauwetter-online.de

Dankeschön

Tauwetter finanziert sich ausschließlich aus Spenden.
Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift
mit dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung
der Schöpfung“ unterstützen.

Redaktion Tauwetter

Stadtsparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10)
Kontonummer: 10 130 896
IBAN: DE 43 3005 0110 0010 1308 96
SWIFT/BIC: DUSSEDDXXX

Editorial

Der Schock der Wirtschaftskrise, den wir letztes Jahr erlitten, weicht langsam aus unserem unmittelbaren Erleben angesichts der scheinbaren Rückkehr des Alltäglichen. Zugleich jedoch spüren immer mehr Menschen die Folgen der Krise in ihrem Alltag, und seriöse Wirtschaftswissenschaftler sehen die eigentliche Talsohle und die Konsequenzen für viele Menschen noch vor uns – ganz abgesehen von den noch nicht absehbaren Auswirkungen der gigantischen Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung, die mit dem staatlichen Rettungsschirm für die Banken und die Konjunktur neu aufgetürmt worden ist und die abzubauen lange Zeit und schmerzliche Einschnitte erfordern wird.

Oft fühlen wir uns hilflos angesichts der Fragen: Wie konnte all das passieren? Wer hat die Schuld? Wo stehen wir nun? Und: Wie soll es weitergehen?

Der Beitrag von Prof. Dr. Ludwig Bußmann, emeritierter Wirtschaftswissenschaftler der Sozialakademie und später der Universität Dortmund (heute: Technische Universität), geht für Tauwetter diesen Fragen nach. Sein ordnungspolitischer Ansatz erlaubt, über den Aktualitätscharakter der Krise hinauszuschauen und sie im Kontext langfristiger Wirtschaftsentwicklung zu sehen, zugleich aber auch die Faktoren mitzubedenken, die sozusagen unter Missachtung der ordnungspolitischen Warnschilder und der ethischen Werte eines gerechten Wirtschaftens die Krise haben weltweit aus dem Ruder gleiten lassen.

Inzwischen haben sich viele Stimmen zu Wort gemeldet, die weitreichende und stark divergierende Folgerungen aus der Krise ziehen und zu ganz unterschiedlichen Alternativmodellen aufrufen. Aus der

Vielzahl der Stimmen, zu denen an ganz prominenter Stelle die jüngst erschienene Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI. „Caritas in Veritate“ zu nennen ist, sei im Blick auf den kommenden Ökumenischen Kirchentag in München der Aufruf des Netzwerkes „ÖKT 2010“ vorgestellt. Er will zum Umdenken einladen, indem er aus der Sicht seiner Unterzeichner aufzeigt, wo wir als Christen durch das vorherrschende Wirtschaftssystem zutiefst herausgefordert sind. Es ist damit zu rechnen, dass dieser Aufruf auf dem kommenden Kirchentag eine wichtige Rolle in den Foren und Diskussionen spielen wird.

Den Abschluss bildet eine Buchbesprechung von Stefan Federbusch zum Thema Gewaltfreiheit als Anleitung zum Umgang mit Konfliktsituationen in Gesellschaft und Politik. Auch hier geht es, wie insbesondere seine Folgerungen und Anleitungen für eine franziskanische Friedensoption zeigen, ebenfalls um Grundwerte unseres menschlichen Zusammenlebens, die ein gerechtes Wirtschaften und Verteilen sowie eine gerechte Politik erst möglich machen.

Gewiss, all dies ist keine leichte „Kost“. Aber es lohnt sich, sich darauf einzulassen. Denn nur so können wir den Fehler vermeiden, den oft selbst ernannten Fachleuten die Entscheidungen zu überlassen, die im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben unsere ureigenen sind. Denn es geht ja um uns selbst und unser Zusammenleben hier und heute.

Wir wünschen unseren Lesern „Friede und alles Gute“.

Ihre Tauwetter-Redaktion

Inhalt

DIE GEGENWÄRTIGE FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE – EINE KRISE AUS DUMMHEIT UND GIER <i>PROF. DR. LUDWIG BUSSMANN</i>	6
FAIR TEILEN STATT SOZIAL SPALTEN – AUFRUF ZU EINER POLITISCHEN ZEITANSAGE AUF DEM ÖKUMENISCHEN KIRCHENTAG 2070 <i>NETZWERK „ÖKT 2010“</i>	28
BUCHBESPRECHUNG: MICHAEL NAGLER/EGON SPIEGEL: POLITIK OHNE GEWALT <i>STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	37
UNTERWEGS MIT VERSÖHNTEM HERZEN: GEWALTLOSIGKEIT ALS FRANZISKANISCHES PRINZIP <i>STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	41

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise – eine Krise aus Dummheit und Gier

Prof. Dr. Ludwig Bußmann

Die gegenwärtig über die Industriestaaten und die übrige Welt hereinbrechende Finanz- und Wirtschaftskrise erschüttert nicht nur die Welt der Banken und Versicherungen in der ganzen Welt, sondern brems auch die Realwirtschaft der meisten Länder der Welt in ihrer Entwicklung und wirft die fundamentale Frage nach einer humanen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erneut auf.

Dem Vernehmen nach wird sich die Sozialzyklika „Caritas in veritate“ von Papst Benedikt XVI dieser zentralen Frage widmen. Und auch der Rat der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) äußert sich am 02.07.09 in einem „Wort zur gegenwärtigen Krise“. Der Rat der EKD ist der Ansicht, dass Macht und Wissen im Marktgeschehen ungleich verteilt seien. Auch wirtschaftsethisch habe man es sich bisher zu einfach gemacht. Eigennutz sei zwar ein „tragendes Strukturelement der Marktwirtschaft“, er schlage aber in „zerstörerischen Egoismus“ um, wenn sich der Blick einzig auf das Wirtschaftsleben richte. Mit Nachdruck wird deshalb das gemeinsame Wort der evangelischen und der katholischen Kirche aus dem Jahre 1997 bekräftigt. Darin heißt es: „Marktwirtschaft ist moralisch viel anspruchsvoller, als im Allgemeinen bewusst ist. Die Strukturen müssen, um dauerhaften Bestand zu haben, eingebettet sein in eine sie tragende und stützende Kultur.“ Leider distanziert sich der Rat der EKD nicht von seiner Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ vom Juli 2008, in der

er sich noch voll hinter dem seit den 90er Jahren des 20sten Jahrhunderts herrschenden, von öffentlichen Medien, angebotsorientierten Ökonomen und weiten Teilen der Politik propagierten Leitbild einer neoliberalen statt sozial-ökologischen Marktwirtschaft gestellt hatte. Zum Beleg dafür, dass es damals auch andere Stimmen gegeben hat, sei hier nur auf das Handbuch der katholischen Soziallehre, herausgegeben von Anton Rauscher, Berlin 2008, oder auf die Gutachten der Memorandumgruppe „Demokratische Wirtschaftspolitik“ (2007) und „Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht“ (2008) verwiesen.

In diesem Beitrag bleiben kriminelle, strafbedrohte Handlungen unbeachtet, wie sie sich im Schlepptau des der Krise vorhergehenden Booms als Fälle der Steuerhinterziehung (z. B. Fall Zumwinkel), des Anlagebetrugs (z. B. Fall Madoff) und anderer Finanzskandale zugetragen haben, von denen die FAZ in 19 Folgen berichtete (siehe FAZ Nr. 127 vom 04.06.09). Auch auf Auswüchse der Maßlosigkeit mancher Manager soll hier nicht weiter eingegangen werden. Nur zwei Beispiele: Da muß der amerikanische Steuerzahler die Versicherung AIG mit 170 Milliarden Dollar an Steuergeldern vor dem Konkurs bewahren. Und was tut das AIG-Management? Es genehmigt sich ungeniert Bonuszahlungen in Höhe von 165 Millionen Dollar. Oder: Allianz-Chef Michael Diekmann kassiert 3,8 Millionen Euro Bonus für das Jahr 2008, in dem der Konzern einen Milliardenverlust eingefahren hat.

DIE DREIEINIGKEIT VON DEREGULIERUNG, INDIVIDUALISIERUNG UND GLOBALISIERUNG

Der wirtschaftspolitische Leitbildwechsel vom sogenannten „Rheinischen Kapitalismus“ zum „Globalen Liberalismus“, der die tiefere Ursache der gegenwärtigen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise darstellt, wurde von wirtschaftspolitischen Instanzen und Gremien wie der Weltbank, der deutschen Bundesbank und dem deutschen Sachverständigenrat für die Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung

(Svr) angestoßen und nachdrücklich propagiert. Seit 1985 predigte die Weltbank den sogenannten „Washingtoner Konsens“, der da lautet:

- › Die Finanz- und Warenmärkte liberalisieren!
- › Die öffentlichen Leistungen privatisieren!
- › Staatliche Regelungen abbauen!

Die Dreieinigkeit von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung bestimmte zunehmend die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Debatte. Sie beeinflusste den gesellschaftlichen Wertewandel sowie die wirtschaftspolitische Debatte auch in der SPD, die sich damit anfreundete, den Sozialstaat dadurch zu retten, dass sozialer Ausgleich nur noch innerhalb der Arbeitnehmerschaft gesucht werden sollte. Es fehlte sowohl den Kirchen als auch der politischen Opposition an geistiger Kraft und Durchhaltevermögen, sich dem Druck von Kapitalinteressen, von politischem Desinteresse der Bürger und der geballten Macht von angebotsorientierten Experten und den geschaffenen Realitäten zu widersetzen. Vor allem Medien haben einen sich laufend verstärkenden Meinungskonformismus geschaffen, der das Meinungsspektrum verengt. Wird einmal eine Ansicht mit Medienintensität verbreitet, so lässt sich eine extreme Gegenposition kaum mehr aufbauen.

Das neue Leitbild einer staatsfreien, sich selbst regulierenden Wirtschaft belebte die – seit dem Untergang des Marxismus-Sozialismus als überholt geglaubte – Vorstellung von der Gesetzmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und stellte an die Spitze der Ziele eine steigende Kapitalrendite. Dagegen war der Marxismus noch von einem gesetzmäßigen tendenziellen Fall der Profitrate ausgegangen. Zu den politisch geschaffenen Realitäten zählte vor allem der Start in den EU-Binnenmarkt ab 01.01.1993, der für völlige Bewegungsfreiheit, sowohl für die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, als auch für die Produkte Waren und Dienstleistungen, sorgen sollte und die Einführung des Euro ab 01.01.1999 im Rahmen eines sogenannten Stabilitätspaktes, der die nationale Finanzpolitik fesselte, sie der Geldpolitik unterordnete und von einem Sozialstaatsgebot nichts mehr wissen wollte.

Auch politische Persönlichkeiten stimmten in den Chor der zeitgei- stigen Lobsänger ein. Entweder waren sie desinteressiert wie der ehe- malige Bundeskanzler Gerhard Schröder, der auf dem Kolloquium der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft in Berlin am 03.07.1999 sein spätes Bekenntnis zur Marktwirtschaft damit begründete, dass er „in den 70er Jahren mit der Planung der Revolution beschäftigt war“ oder sie waren fachlich unbedarft und vom ideologischen Zeitgeist geleitet wie der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog. In der berühmten Rückrede des Jahres 1997 beklagte er einen „Wust von wohlmeinenden Vorschrif- ten“ und stellte mit der Autorität des angesehenen Verfassungsrecht- lers fest: „Der Staat und seine Organe sind der Komplexität des moder- nen Lebens – mit all seinen Grenz- und Sonderfällen – oft einfach nicht gewachsen, und sie können es auch gar nicht sein.“ Herzog lobte aus- drücklich „eine gezielte Strategie neuartigen Wachstums“ in Amerika – die „Deregulierungen“ – und erwähnte dabei auch die „Finanzdienstlei- stungen“. Die Krise der Jahre 2008 ff. ist nicht zuletzt eine Krise des bis zum vergangenen Herbst wehenden Zeitgeistes, der noch keineswegs endgültig verfliegen ist. Dagegen hebt sich der gegenwärtige Bunde- spräsident Horst Köhler wohlthuend ab. Als Chef des internationalen Währungsfonds hatte Köhler im September 2000 versucht, die größten Wirtschaftsmächte, nämlich die G7-Staaten, dazu zu bringen, ihre Finanzsektoren und deren unübersichtliche Produkte zu überprüfen. Doch er scheiterte am fehlenden Willen der ausschlaggebenden Regie- rungen, „das Primat der Politik über die Finanzmärkte durchzusetzen“.

In seiner „Berliner Rede“ vom 24.03.2009 betont Bundespräsident Köhler, dass der Markt Regeln und Moral braucht. Es lohnt sich, seine Rede auszugsweise zu zitieren:

„Noch kennen wir nicht alle Ursachen. Aber vieles ist inzwischen klar. Zu viele Leute mit viel zu wenig eigenem Geld konnten riesige Finanzhebel in Bewegung setzen. Viele Jahre lang gelang es, den Men- schen weiszumachen, Schulden seien schon für sich genommen ein Wert; man müsse sie nur handelbar machen. Die Banken kauften und verkauften immer mehr Papiere, deren Wirkung sie selbst nicht mehr

verstanden. Im Vordergrund stand die kurzfristige Maximierung der Rendite.

Auch angesehene deutsche Bankinstitute haben beim Umgang mit Risiko zunehmend Durchblick und Weitsicht verloren. Das konnte nur geschehen, weil sie den Bezug zu ihrer eigenen Kultur aufgaben: zu dem, was diese Häuser überhaupt erst zu Größe und Bedeutung geführt hatte – Sinn für Geldwertstabilität, Respekt vor dem Sparer und langfristiges Denken. Auch Banken können nur dauerhaft Wertschöpfung erbringen, wenn sie sich als Teil der ganzen Gesellschaft sehen und von ihr getragen werden. Wenn sie den Grundsatz unserer Verfassung achten: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll auch dem Allgemeinwohl dienen.

Doch das Auftürmen von Finanzpyramiden wurde für viele zum Selbstzweck, insbesondere für sogenannte Investmentbanken. Damit haben sie sich nicht nur von der Realwirtschaft abgekoppelt, sondern von der Gesellschaft insgesamt. Dabei geht es auch um Fragen der Verantwortung und des Anstands. Was vielen abhandengekommen ist, das ist die Haltung: So etwas tut man nicht. Bis heute warten wir auf eine angemessene Selbstkritik der Verantwortlichen. Von einer angemessenen Selbstbeteiligung für den angerichteten Schaden ganz zu schweigen ...

Wir erleben das Ergebnis fehlender Transparenz, Laxheit, unzureichender Aufsicht und von Risikoentscheidungen ohne persönliche Haftung. Wir erleben das Ergebnis von Freiheit ohne Verantwortung.“ (FAZ Nr. 71 vom 25.03.2009, Seite 8)

DIE VERGÖTZUNG DES MARKTES

Nach dem Scheitern der „Planwirtschaft“ des Ostblocks setzte im Westen im Zuge der oben beschriebenen Dreieinigkeit von radikaler

Deregulierung der Staatstätigkeit, von fortschreitender Globalisierung und von Entgrenzung der individuellen Freiheit eine Vergötzung des wirtschaftlichen Koordinationsmechanismus „Markt“ ein. Die Wirtschaftswissenschaft kennt grundsätzlich zwei Mechanismen, die die Vielzahl der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entscheidungen von Konsumenten, Produzenten und Investoren zu koordinieren haben. Die staatliche Planwirtschaft hat diese Aufgabe nicht lösen können, wie wir erleben konnten. Außer dem Markt gibt es keinen Mechanismus, der diese Aufgabe, Angebot und Nachfrage über Preise zu koordinieren, besser erfüllt als er.

Aber er ist ein Mechanismus, ein Instrument – weder gut noch böse, wie das Instrument Messer, mit dem man Brot schneiden kann, um es an Arme zu verteilen, oder mit dem man einen Menschen umbringen kann. Entscheidend ist die Moral, die dahinter steht. Und wenn mit dem Markt eine entgrenzte bindungslose individuelle Freiheit verknüpft wird, dann wird mit ihm ein Machtanspruch spezieller Interessengruppen durchzusetzen versucht und auch den unmoralischen animalischen Leidenschaften, wie z. B. der Gier, die Tür geöffnet. Vergl. hierzu George Akerlof und Robert Shiller, *Animal Spirits*. Wie Wirtschaft wirklich funktioniert, Frankfurt am Main 2009, 24,90 Euro. Außerdem wird übersehen, dass der Marktmechanismus längst nicht alles bewirken kann, was für wirtschaftende Menschen wichtig ist. Der Marktmechanismus ist nämlich außerstande

- › über ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu jeder Zeit und in allen Sektoren und Regionen die ökonomische Freiheit der Arbeitnehmer zu sichern,
- › für relativ stabile Preise und Dekonzentration von Marktmacht zu sorgen,
- › Ungleichgewichte in den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland zu verhindern,
- › den Schutz der Umwelt und der Naturschätze zu beachten,
- › eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung zwischen allen Schichten der Bevölkerung zu gewährleisten,

- › überhaupt Einkommen für diejenigen bereitzustellen, die – wie Rentner, Auszubildende, Kranke oder Behinderte – vorübergehend oder gar nicht arbeiten können,
- › die Mittel bereitzustellen, die zur befriedigenden Erfüllungen öffentlicher Aufgaben – wie z. B. Bildung, soziale Sicherung, Verteidigung, Verkehr – nötig sind. Der Markt schützt auch nicht vor wirtschaftlicher Übervorteilung und Betrug und er verhindert auch nicht die Korruption.

Dies alles zu erreichen, setzt politische Willensakte in Parlament und Regierung voraus, die nach unserer Verfassung von den politischen Parteien zu initiieren sind. Um die Erfüllung dieser auch für sie wesentlichen Aufgaben beeinflussen zu können, müssen Kirchen und gesellschaftliche Gruppierungen ihre Auffassungen und Meinungen sowie ihre Kritik zu politischen Vorschlägen an die Parteien verdichten.

DAS ELENDE DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Um die gegenwärtige weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu verstehen, darf man sich aber nicht nur auf politisches und moralisches Versagen der Entscheidungsträger beschränken. Der Glaube an die Allmacht und wohlthuende Güte des Marktes ist insbesondere von der angebotsorientierten Wirtschaftstheorie befördert worden, die nur die eine Seite des Marktes sieht, nämlich die Anbieter, Produzenten, Unternehmer und deren Ziele. Sie klammert die wesentlichen Nachfrage- und Verteilungsaspekte aus. Die angebotsorientierte Wirtschaftstheorie ist zudem nicht fähig, weder aus der vorhergehenden Krise der „New Economy“ (2001), noch aus den vergangenen Rohstoffspekulationen in einer globalisierten Weltwirtschaft zu lernen. Das hat meines Erachtens mit zwei wesentlichen Paradingmen (Leitbildern) der Wirtschaftswissenschaften zu tun. Ein Teil der Wirtschaftswissenschaften träumt von der Exaktheit der Naturwissenschaften und ihrer Gesetze und versucht, in ökonomischen Modellen den wirtschaftlichen Abläufen auf die Spur zu kommen. Dabei wird übersehen, dass die Wirtschaft als Teil der

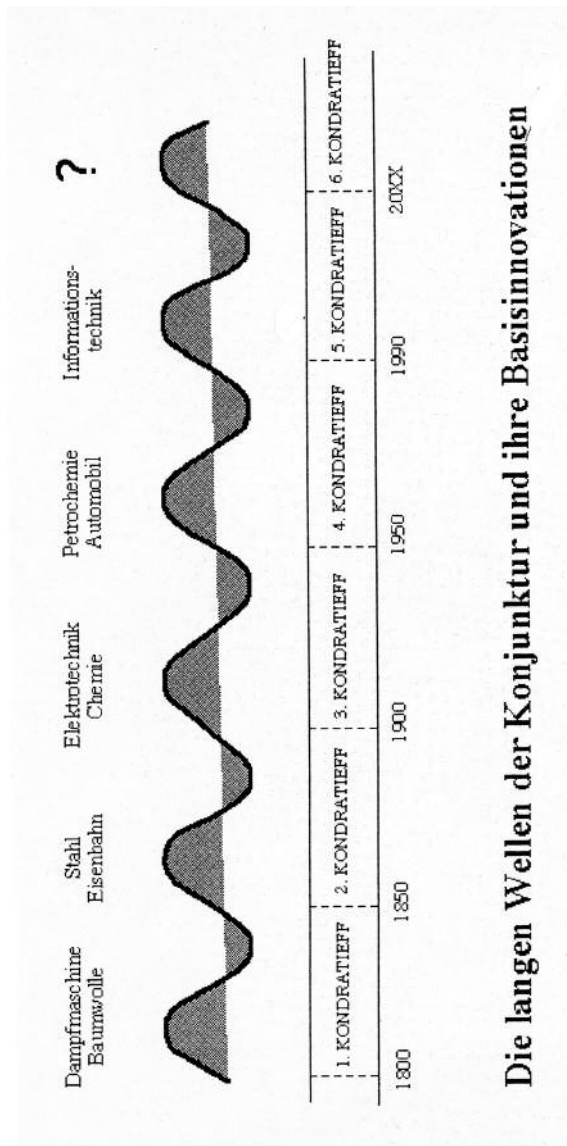
Gesellschaft auch von irrationalen Momenten bestimmt wird und der Psychologie bzw. der Massenpsychologie näher steht als der Physik und der Mathematik. Ein anderer Teil der Wirtschaftswissenschaft versucht die Wirtschaftspolitik zu beraten. Oft kann man jedoch erkennen, dass hinter der wissenschaftlichen Beratung der Versuch steht, eigene wirtschaftspolitische Optionen gegen politische Angriffe zu immunisieren, in dem man sich auf die angebliche Objektivität der eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisse beruft, die aber nur ein demokratisch nicht legitimes Durchsetzen eigener politischer Optionen darstellt. Und die Öffentlichkeit ist dank der gläubigen Wissensgesellschaft zu einfüchtig geworden, um dies zu erkennen.

DIE WELLEN DER SCHLECHTEN UND DER GUTEN JAHRE

Dabei hat die empirische Wirtschaftstheorie etliche Analyseinstrumente entwickelt, die helfen können, Krisen vorherzusagen. Wir alle kennen die biblische Geschichte der sieben fetten und der sieben mageren Jahre. Das Denkmuster der wirtschaftlichen Wellen ist anerkannter wirtschaftswissenschaftlicher Standard.

Seine langfristige, säkulare Ausprägung hat dieses Denken in den sogenannten Kondratieff-Wellen gefunden.

Bestimmte Basisinnovationen, das sind die wirtschaftlichen Anwendungen von Erfindungen, verleihen der Wirtschaft einen langfristigen Aufschwung, bis die Erneuerung allgemein verbreitet ist, erlahmt oder von neuen Entwicklungen abgelöst wird. Nach Abb. 1 befinden wir uns in der Abschwungphase der langen Welle der Verbreitung der Informationstechnologie und eine neue bahnbrechende Entwicklung ist nicht in Sicht. Der langfristige Wachstumstrend wird umspielt von konjunktionellen Aufschwungs- und Abschwungsphasen, die in der Regel 5 bis 7 Jahre dauern.

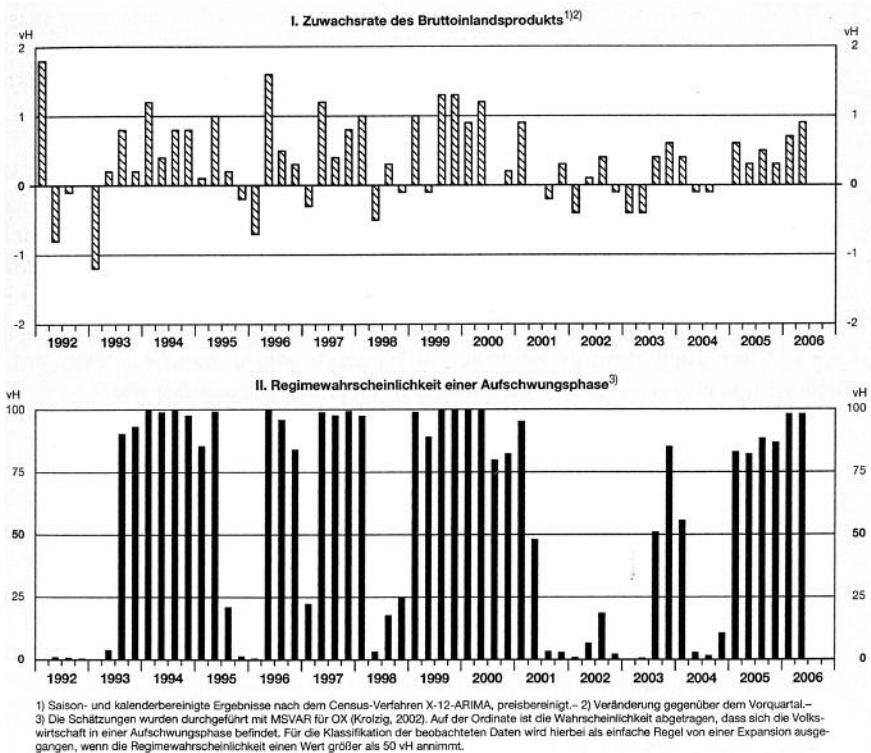


Die langen Wellen der Konjunktur und ihre Basisinnovationen

Quelle: Leo A. Nefiodow – Der sechste Kondratieff;

Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information

Aufschwungs- und Stagnationsphasen in den Jahren 1992 bis 2006



Quelle: Svr, Jahresgutachten 2006/07, S. 55

Dieser Konjunkturzyklus wird an den schwankenden jährlichen Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes gemessen. Aus Abb. 2 kann abgelesen werden, dass der Konjunkturaufschwung im Jahre 2008 seinen Höhepunkt würde überschritten haben. Die Gründe hierfür liegen vor allem im Investitionsverhalten der inländischen Unternehmen, die bis 2008 ihre Kapazitäten optimal aufgestockt hatten. Sie warten nun ab, ob die Nachfrage die neugeschaffenen Kapazitäten im Laufe der

nächsten Jahre auslasten wird, und denken erst nach mehr als 5 Jahren an Ersatz oder Neuinvestitionen. Wenn sich ihre Erwartungen auf dem Höhepunkt des Aufschwungs nicht erfüllen, weil z. B. auch die Auslandsnachfrage bei den jetzigen Weltwirtschaftskrise schwächelt, dann dämpfen sie ihre Investitionsausgaben. Eine Abwärtsspirale setzt sich in Gang, die am Ende auch den privaten Konsum erfassen wird.

Wenn diese der marktwirtschaftlichen Entwicklung immanenten Konjunkturzyklen dann noch von einer globalen Finanzkrise überlagert werden, kann der Abschwung lange dauern. Einen neuen Aufschwung sollte man deshalb nicht vor 2011/12 erwarten.

Auf Ralph N. Elliott gehen Regeln für das massenpsychologische Verhalten von Finanzmarktteilnehmern zurück. Auch hier gibt es wellenartige Zyklen zu beobachten. Wie für die Wirtschaftsleistung, so lassen sich auch für Preise und Kurse an den Finanzmärkten Zyklen beobachten. Zu bestimmten Zeiten denken Menschen anscheinend nicht einmal im Traum daran, eine Aktie zu kaufen. Manchmal sind sie nur ein halbes Jahr später dann aber bereit, für die zuvor verschmähte Aktie den dreifachen Preis zu bezahlen. Nicht jede Anlageentscheidung ist rational. Anhänger der Elliott-Wellentheorie beobachten indess, dass sich Marktteilnehmer über ganze Zyklen hinweg durchaus ihrer menschlichen Natur entsprechend verhalten. Denn Anleger sind Stimmungen ausgesetzt und es gibt womöglich einen Rhythmus in der kollektiven Stimmung der Menschen. Der Stimmungsrhythmus der breiten Anlegermasse wird an der Börse in Preis- und Kursverläufen sichtbar. Oft werden schwer erklärbare Bewegungen mit der Bemerkung „Börse ist Psychologie“ abgetan. Tatsächlich trifft die Masse der Anlegerkauf- und Verkaufsentscheidungen nach weit verbreiteten Bedürfnissen. Immer wiederkehrende massenpsychologische Verhaltensmuster der im Extrem zwischen Angst und Gier schwankenden Marktteilnehmer sorgen über viele Jahre hinweg für fast gesetzmäßig verlaufende wellenartige Auf- und Abwärtsbewegung von Kursen und Preisen. Wer diese Zyklen aus der Vergangenheit richtig liest, kann daraus auch Schlüsse und Prognosen für die Zukunft ziehen.

Die Elliott-Wellen können aber ausufern, wenn die Finanzwelt alle Regeln eines ordentlichen Kaufmannes vergisst und sich dem hingibt, was Karl Polanyi in seinem 1944 erschienenen Buch „The Great Transformation“ darlegt, dass die menschliche Natur zu zyklisch wiederkehrenden Übertreibungen neigt, dass die Welt, in der wir leben, nicht dazu in der Lage ist, Unsicherheit auch nur annähernd in beherrschbare Risiken zu überführen, dass Banker gegen ihre egoistischen Interessen den eigenen Untergang nicht verhindern und dass deswegen der Lauf der Wirtschaft regelmäßig von – zum Teil schweren – Krisen der Instabilität heimgesucht wird. „Meine These ist, dass sich selbst regulierende Märkte von einer großen Illusion zehren“, lautet einer der zentralen Sätze seines Buches. So etwas könne nicht lange gut gehen, ohne die menschliche Natur und die natürliche Substanz einer Gesellschaft zu zerstören.

DIE WELTWEITE FINANZKRISE

Wir haben soeben gelesen, wie Horst Köhler als Chef des internationalen Währungsfonds im Jahre 2000 gescheitert ist, als er dem ausufernden Treiben der weltweit agierenden Finanzsektoren Fesseln anlegen wollte. Um die Entstehung der Finanzkrise zu verstehen, müssen wir hier ein wenig ausholen. Die Sparkassen und Banken haben aus volkswirtschaftlicher Sicht die Aufgabe, das Spargeld der Bürger, d. h. Bargeld einzusammeln und es als Investitionsfinanzierungskredit den Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Geldkreislauf, den Geldströmen, und der Güterwirtschaft, den Waren- und Dienstleistungsströmen, der Volkswirtschaft, kurz: zwischen der Finanzwirtschaft und der Realwirtschaft. Dabei gilt der Erfahrungssatz, dass aus 10 Einheiten gespartem Bargeld die Banken 90 Einheiten Kredite vergeben können, weil in der Wirtschaft nur 10 Einheiten mit Bargeld – unserem gesetzlichen Zahlungsmittel – und der Rest von 80 Einheiten über Buchgeld bezahlt wird. Die Banken haben die staatliche Erlaubnis, Buchgeld zu schaffen, natürlich in Relation zum eingezahlten Bargeld der Sparer. Aber die Banken haben noch eine zwei-

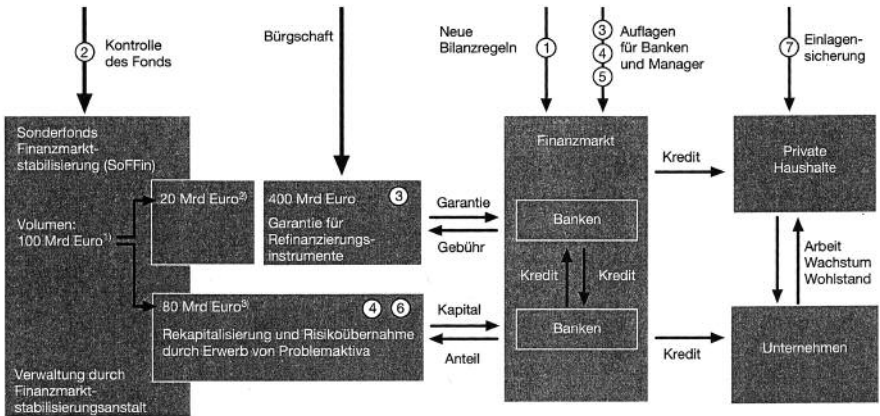
te Möglichkeit, an gesetzliche Zahlungsmittel zu kommen, nämlich indem sie sich über der staatlichen Zentralbank – unserer Bundesbank – Geld leihen und dafür einen bestimmten Zinssatz, den so genannten Diskontsatz, zahlen. Außerdem können sie der Zentralbank Wertpapiere überlassen, um an Zentralbankgeld zu kommen. Entscheidend aber ist immer der Zinssatz, den die Banken an die staatliche Zentralbank zu zahlen haben. Um dies zu veranschaulichen, wollen wir ein einfaches Beispiel bilden: Nehmen wir an, die Banken in USA können über einen längeren Zeitraum von der FED (US-Zentralbank) z. B. Geld für einen Diskontsatz von 1 % leihen. Auf der anderen Seite gäbe es Verbraucher, die sich gern ein Eigenheim kaufen möchten und die bereit sind, für einen Kredit Zinsen in Höhe von – sagen wir – 5 % zu zahlen. Da die Banken bei dem genannten Diskontsatz im Geld schwimmen, sind sie gern bereit, ein Eigenheim im Zeitwert von 100.000 Geldeinheiten zu 100 % zu beleihen und vielleicht auch noch mal 20.000 Geldeinheiten für den Kauf des passenden Autos draufzulegen. Selbstverständlich lassen sie sich ihre Forderung von 120.000 Geldeinheiten durch eine Hypothek absichern.

Wenn sich dann im Laufe der Jahre zeigt, dass sich dieser oder jener Schuldner übernommen hat, können clevere Bankmanager auf die Idee kommen, ihre Forderung an den Eigenheimbesitzer an andere Finanzinstitutionen abzutreten (zu zedieren), d. h. zu verkaufen. In der Zessionsurkunde wird dann in der Regel vergessen, die Hypothek mit weiterzugeben. Das Zessionspapier (ein so genanntes Derivat) wird so leichter handelbar gemacht und vielleicht in anders verbrieft Form von den Finanzinstituten (z. B. von Lehman Brothers) an deren Kunden (z. B. an deutsche Landesbanken oder Privatbanken) verkauft. Die Finanzkreisläufe beginnen ein Eigenleben zu führen und sich von der Realwirtschaft loszulösen. Gerade innovative Finanzinstrumente (so genannte Derivate) entwickelten sich ohne adäquate Rahmenbedingungen zu einem wahren Dschungel, den auch Bankenvorstände nicht mehr durchschauten. Er wurde noch wilder durch die Art und Weise, wie die Marktteilnehmer entlohnt wurden. Manager und Händler gerieten außer Kontrolle und waren in erster Linie am Volumen und nicht an der

Qualität der geschaffenen und verkauften Instrumente interessiert. Sie konnten in kurzer Zeit hohe Erfolgsprämien einheimsen, ohne Rücksicht darauf, dass ihre Firmen bald in die Pleite schlittern würden.

Stellt sich dann irgendwann heraus, dass die Eigenheimbesitzer zunehmend zahlungsunfähig werden, sinkt der Wert solcher Derivate und keiner will sie mehr haben. Die notwendige Wertberichtigung (das sind Aufwendungen) in den Bilanzen der sie noch besitzenden Banken führt zu Gewinneinbrüchen und Vermögensverlusten, die die Finanzkraft der Banken schwächen. Die Banken schränken ihre Kreditvergabe ein. Die Finanzkrise wirkt auf die Realwirtschaft zurück. Die Banken können dann versuchen, diese Giftpapiere, die nicht mehr marktgängig sind, möglichst bald los zu werden, z. B. durch Übertragung in staatlich gestützte Bad Banks. Die hier nur grob vereinfacht dargestellten Fakten reichen aus, um zu verstehen, dass Banken und Politik in einer solchen Situation die Sorge haben, die in Wirtschaftsfragen in der Regel unkundigen Bürger könnten z. B. auf die Idee kommen, ihre Anteilspapiere an einen Immobilienfonds, der durchaus gesund ist und mit dem Derivate-Handel nichts zu tun hat, zurückgeben zu wollen. Der Immobilienfonds könnte die Papiere in großen Mengen gar nicht gegen Barauszahlung zurücknehmen, weil das dafür notwendige Bargeld nicht vorhanden ist. Deshalb haben z. B. einige Immobilienfonds in der Bundesrepublik die Rücknahme für einige Zeit ausgesetzt. Oder noch schlimmer, die Bürger wollen aus Furcht um ihre Ersparnisse von ihren Sparkassen und Banken hier und heute ihre Sparguthaben voll zurückgezahlt haben. Weil deren Geld aber in der Finanzierung von wirtschaftlichen Aktivitäten steckt – also nicht im Keller der Bankhäuser liegt –, müssten die Schalter geschlossen werden. Das System wäre am Ende. Aus Furcht vor solchen Entwicklungen hat die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte in Höhe von rund 500 Milliarden Euro verabschiedet, dessen Einzelheiten und Zusammenhänge aus Abb. 3 ersichtlich werden.

Bundesregierung



Auswahl von Maßnahmen:

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 1) Änderung der Bewertungs- und Bilanzierungsregeln 2) Einrichtung des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) 3) Garantien des Bundes für Refinanzierung 4) Rekapitalisierung von Instituten | <ul style="list-style-type: none"> 5) Staatliche Kontrolle und Bedingungen für Garantien / Kapitalisierung aus SoFFin 6) Risikoübernahme durch Erwerb von Problemaktiva 7) Einlagensicherung (kurzfristige Verbesserung geplant) |
|---|---|

1) 100 Mrd Euro, davon Kreditermächtigungen in Höhe von 20 Mrd Euro im Fall der Inanspruchnahme von Garantien; 80 Mrd Euro Kreditermächtigungen zur Rekapitalisierung und zum Erwerb von risikobehafteten Aktiva.– 2) 20 Mrd Euro = haushaltsrechtliche Vorsorge in Höhe von 5 vH der Garantiesumme (400 Mrd Euro)– 3) 80 Mrd Euro = 70 Mrd Kreditaufnahme (+ 10 Mrd Euro weiterer Kreditrahmen) zur Rekapitalisierung und zum Erwerb von Problemaktiva.

Quelle: Svr, Jahresgutachten 2008/09, Seite 158

Wie überrascht selbst der damalige Präsident der US-Zentralbank Alan Greenspan war, zeigt sein Ausspruch: „Wir alle, mich eingerechnet, die wir geglaubt haben, die Banken hätten ein Eigeninteresse daran, das Vermögen ihrer Kunden zu erhalten, befinden uns in einem Zustand schockierter Ungläubigkeit.“ Offenbar müsse man einsehen, dass Märkte zwar lernfähig seien, aber „der ewige Kreislauf zwischen Gier und Angst“ zeige keine Ausschläge auf der Lernkurve. (FAZ Nr. 56 vom 07.03.2009)

Man mag sich verwundert die Augen reiben. Von 1985 bis 2000 hielt der Zeitgeist und seine politischen und wissenschaftlichen Fürsprecher sowie seine medialen Verstärker den Staat für ungeeignet, sich um wirtschaftliche Belange zu kümmern. Auch die 2001 geplatze Spekulationsblase der so genannten „New Economy“ gereichte nicht zur Warnung. Erst als es 2008 den Banken aufgrund der selbst eingebrockten Immobilienspekulationskrise an den Lebensnerv ging, war von der Selbstreinigungskraft in der marktwirtschaftlichen Krise nicht mehr die Rede. Die Polit-Semantiker erfanden das Wort von der systemischen Krise und der Zeitgeist entdeckte den dukatenspeienden Staat als alleinigen Retter.

EXKURS: WIE SICHER SIND DIE RENTEN?

Die gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsturbulenzen und der irrlichternde Zeitgeist werden auch das Vertrauen der Bürger in wichtige Regelungen der sozialen Sicherung erschüttern, wenn in den Jahren 2010 bis 2012 die tiefgreifenden Folgen der Krise sichtbar werden. Das soll hier am Beispiel der Renten kurz skizziert werden: In der privaten Marktwirtschaft gibt der (Arbeits-)Markt nur denjenigen (Arbeits-)Einkommen, die ihrerseits (Arbeits-)Leistungen anbieten. Da in hoch entwickelten Ländern weder Kinder noch Alte arbeiten sollen, erhalten sie auch vom Markt kein Einkommen. Dennoch erhalten sie aus ethischen – also nicht wirtschaftlichen – Gründen von Sitte und Moral zu Essen und zu Trinken, sie nutzen Wohnungen und nehmen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teil, ohne Arbeitseinkommen zu erzielen. Im rein privatwirtschaftlichen Erklärungsmodell ernähren, erziehen und unterhalten die erwerbstätigen Eltern ihre junge Kinder und versorgen darüber hinaus auch ihre nicht mehr erwerbstätigen alten Eltern. In einer Gesellschaft mit staatlicher Aktivität übernimmt der Staat zum Teil das Aufziehen der Jungen (Kindergeld, Kindergärten, Schulen) und zum Teil auch den finanziellen Unterhalt der Alten (gesetzliche Rentenversicherung).

Güterwirtschaftlich gilt, dass Junge und Alte aber immer an der jederzeitigen Produktion der Erwerbstätigen teilhaben, mit anderen Worten, sie essen das heute gebackene Brot und fahren im heute gebauten Auto. Das dazu benötigte Geld (Geldwirtschaft) erhalten sie entweder durch innerfamiliäre oder staatliche Umverteilung von Teilen des Einkommens, das die erwerbstätige Generation heute verdient. Diese Umverteilung versteht man als Solidarität der Generationen (sogenannter Drei-Generationen-Vertrag). Die Erwerbstätigen unterhalten die Alten, weil sie erwarten dürfen, dass die Jungen dies später genauso tun werden. Keiner fragt nach dem wirtschaftlichen Nutzen oder nach einer Rendite für diesen Tun. Dieses Umverteilungssystem geriet in den 90er Jahren unter massivem politischen Beschuß der Deregulierer. Die staatliche Rente durch finanzielle Umverteilung, die immerhin eine Summe von rund 250 Milliarden Euro ausmacht, sollte zurückgefahren werden. Neben die Betriebsrente sollte eine dritte Säule, nämlich die private Sparkapitalbildung zum Zweck der Alterssicherung treten. Eine vom Staat organisierte direkte Umverteilung von rund einer Viertel Billion Euro von den Arbeitnehmern zu den Rentnern musste den privaten Banken naturgemäß missfallen, zumal diese Summen nicht auf ihre Geldmühlen flossen. Also legte man die kapitalistische Lunte ans staatliche Rentenfaß und hob die Diskussion auf die rentensystemfremde Frage, wie weit sich denn die finanziellen Abgaben der Erwerbstätigen an die Rentner rentierten: Egoistische Rendite anstelle von sozialer Solidarität. Dies verfiel bei weiten Bereichen der Politik und der Arbeitseinkommensbezieher (siehe Riester-Rente), bis vielleicht mal die Ernüchterung kommt, wenn klar geworden ist, wie viel von den angesparten Alterssicherungsbeiträgen von den Banken und Finanzinstituten bis 2008 verzockt worden ist.

WEGE AUS DER KRISE

Wegen der Wertberichtigung auf so genannte giftige Papiere ist die Kapitalbasis der Banken sehr geschmälert worden. Daraus resultiert

eine große Zurückhaltung bei der Vergabe neuer Kredite, die die Wirtschaft aber zur Finanzierung von Lieferungen und neuen Investitionen braucht. Deshalb hat die Europäische Zentralbank den Diskontsatz auf 1 % gesenkt und ist bereit, große Zentralbank-Geldmengen in das Bankensystem zu pumpen. Eine Kreditklemme droht aber trotzdem und die Politik wird langsam ungehalten. Nach der Verabschiedung des „Bad Bank“-Gesetzes, das giftige Wertpapier aus der Bilanz zu nehmen erlaubt, hat die Regierung den Druck auf die Banken erhöht. Sie sollen mehr Kredite vergeben und die niedrigeren Leitzinsen schneller an die Kunden weitergeben. Bundesminister Peer Steinbrück droht mit Sanktionen, falls sich die Kreditpolitik in der nächsten Zeit nicht ändern. Auch Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg kritisiert die Banken, schränkt aber ein, dass eine flächendeckende Kreditklemme nicht festzustellen sei. Steinbrück wiederum kündigte an, dass sich Regierung und Bundesbank im zweiten Halbjahr zusammensetzen würden, wenn es zu einer Kreditklemme kommen sollte. Dabei müsste man dann über Maßnahmen nachdenken, die es noch nicht gegeben habe. Steinbrück argumentiert, die Banken bekämen von der Bundesbank viel Geld für einen extrem niedrigen Zinssatz von 1 %. „Doch die Banken stecken das Geld derzeit viel lieber in den Handel mit Devisen, Rentenpapieren und Aktien, statt es als Kredite weiterzugeben.“ (FAZ Nr. 153 vom 06.07.2009, Seite 11)

Ob die Privatbanken, die schon wieder von höheren Renditen träumen, das staatliche Engagement verdienen, bleibt offen. Dies gilt auch für die sogenannten „Bad Banks“, d. h. schlechte Banken.

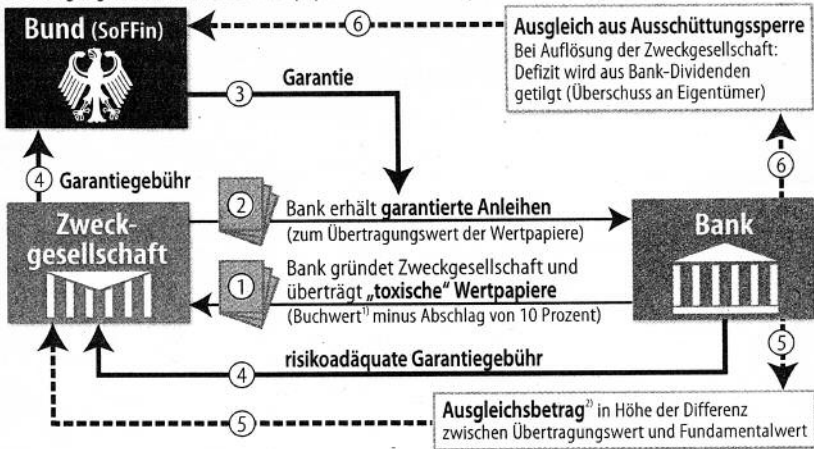
„BAD BANKS“

Der deutsche Bundestag hat am 03.07.2009 das zweite Bankenrettungsgesetz beschlossen (siehe Abb. 4), das den privaten Banken ein Zweckgesellschaftsmodell und den Landesbanken ein Konsolidierungsmodell andient.

Das Bad-Bank-Modell der Bundesregierung

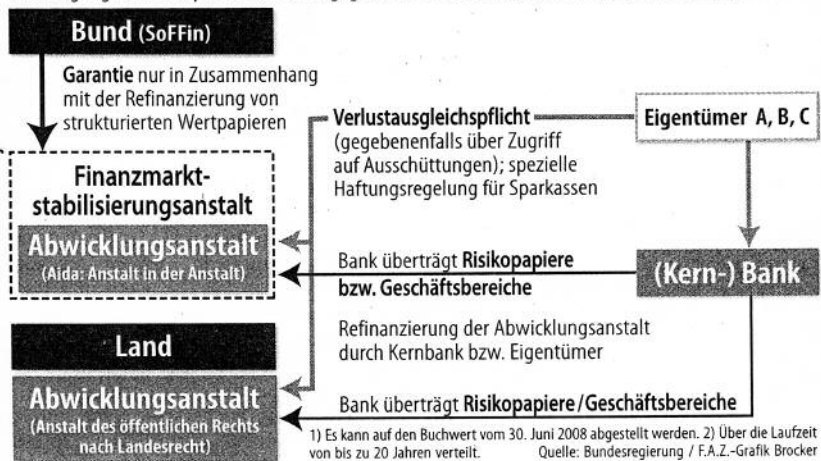
Zweckgesellschaftsmodell

Übertragung von strukturierten Wertpapieren auf institutsspezifische Zweckgesellschaften



Konsolidierungsmodell

Übertragung von Risikopositionen sowie gegebenenfalls Geschäftsbereichen auf Abwicklungsanstalten



Quelle: FAZ Nr. 151, vom 03.07.2009

Die Ausgliederung der giftigen Wertpapiere in Zweckgesellschaften soll bei den Banken Eigenkapital freisetzen. Zu dem nun gewählten Stichtag war der Wert der Papiere höher als jetzt in den Bilanzen angegeben. Die Abschreibungen seither helfen den Banken, den Wertabschlag von 10 % zu verdauen. Damit liegen jedoch größere Volumina in den Bad Banks, so dass das Risiko des Bundes steigt. Es liegt vor allem darin, dass ein Institut insolvent wird. Grundsätzlich wird nämlich jede Bank verpflichtet, die Verluste aus ihrer „Bad Bank“ aus den Dividenden abzustottern. Das Gesamtvolumen der strukturierten Wertpapiere in den Bilanzen deutscher Banken wird auf 230 Milliarden Euro geschätzt. Wie hoch das Risiko für den Staat wirklich ist, wird unterschiedlich eingeschätzt. Für Martin Hellwig, einem der führenden deutschen Ökonomenprofessoren, kann das „Bad Bank“-Gesetz für den Staat sehr teuer werden. Er schreibt: „Für die Banken eröffnet der Gesetzentwurf die Möglichkeit, die toxischen Papiere zum Ertragswert abzugeben und unmittelbar einen substantiellen Kapitalgewinn zu erzielen. Die Unsicherheit über die zukünftigen Erträge wird dabei nicht berücksichtigt. Stellt sich in der Endabrechnung heraus, dass die tatsächlichen Erträge höher waren als erwartet, so erhält die Bank den Überschuss. Stellt sich heraus, dass die tatsächlichen Beträge niedriger waren als erwartet, so trägt der Steuerzahler den Verlust. Eine Kompensation des Steuerzahlers für die Risikoübernahme ist nicht vorgesehen ... Der Halbsatz des Gesetzentwurfes, der den Banken die Möglichkeit einer Abgabe der toxischen Papiere „zum tatsächlichen wirtschaftlichen Wert“ eröffnet, ist in der Öffentlichkeit kaum beachtet worden. Dieser Halbsatz aber schafft die Grundlage für eine gigantische Subventionierung gewisser Banken durch den Steuerzahler. Dass die Verantwortlichen in der öffentlichen Diskussion bisher nichts zu diesem Halbsatz gesagt haben, wirft die Frage auf, ob sie die Implikationen nicht übersehen oder ob sie lieber nicht darüber diskutieren wollen.“ (FAZ Nr. 149 vom 01.07.2009)

STÜTZUNG DER REALWIRTSCHAFT UND ENTLASTUNG DER EINKOMMENSBEZIEHER

Um den Konjunkturzyklus – wie in Abb. 2 dargestellt – in seinem Abschwing zu bremsen und um eine Wende zum Aufschwung herbei zu führen, hat der Bundestag die Konjunkturpakete I und II verabschiedet.

Das Konjunkturpaket I

Die Wirtschaft stützen

Geplante Maßnahmen im Konjunkturpaket der Bundesregierung u.a.:

Kfz-Steuer:
Befreiung der Neuwagenkäufer für 1 Jahr; bei besonders schadstoffarmen Wagen 2 Jahre

Handwerk:
Höhere Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen (1 200 statt 600 Euro)

degressive Abschreibungen:
25 % der Kosten für neue Anlagen und Maschinen bei Unternehmen

Kredite:
zusätzliche Kredite der KfW-Bankengruppe für Firmen
+15 Mrd. Euro

Kurzarbeitergeld:
verlängert von 12 auf 18 Monate

Energiesparen:
Maßnahmen u.a. für CO₂-Gebäudesanierungen
+3 Mrd. Euro

Infrastruktur und Verkehr:
Programme der KfW für schwache Kommunen
+3 Mrd. Euro
wichtige Verkehrsprojekte:
je +1 Mrd. Euro 2009 und 2010

Bundesländer
zusätzliche sog. „GA-Mittel“
+200 Mio. Euro

dpa+6105

Das Konjunkturpaket II

Einkommensteuer		- Anhebung des Grundfreibetrages in zwei Schritten von 7 664 auf 8 004 € - Senkung des Eingangsteuer-satzes von 15 auf 14 %	ab 1. JULI
Gesetzl. Krankenkassen		- Senkung des Beitragsatzes von 15,5 auf 14,9 %	ab 1. JULI
Investitionen 2009/2010		- insg. rund 18 Mrd. Euro in Infrastruktur, vor allem in Bildungseinrichtungen	
Kinder		- einmaliger Kinderbonus von 100 € - Anhebung des Regelsatzes für Kinder von Langzeitarbeitslosen von 60 auf 70 %	ab 1. JULI
Kurzarbeit		- Entlastung der Unternehmen bei Kurzarbeit - Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen	
Neuwagen		- einmalige Umweltpremie von 2 500 € beim Kauf eines Neuwagens - Umstellung der Kfz-Steuer von Hubraum auf CO ₂ -Ausstoß	ab 1. JULI
Unternehmen		- Kredit- und Bürgschaftsprogramm für Unternehmen in Kreditschwierigkeiten - Förderung von Innovationen in der Autoindustrie (500 Mio. Euro) - Innovationsprogramm für den Mittelstand (900 Mio. Euro)	dpa-10258

Die Einzelheiten können den Abb. 5 und 6 entnommen werden. Alle Maßnahmen scheinen grundsätzlich geeignet, die Konjunktur anzukurbeln, wenngleich auch Strohfeuereffekte, wie bei der PKW-Abwrackprämie, unverkennbar sind.

FRAGLICHE LERNEFFEKTE

Wenn man sieht, wie an den Rohstoff-, den Erdöl- und den Nahrungsmittelmärkten weiter spekuliert wird, wie die deutschen Banken zu Höchstrenditeorientierung zurückkehren, ist Skepsis angebracht, ob wir aus den Erfahrungen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise lernen werden. Der so genannte „Frankfurter Appell“ vom 26.03.2009 benennt die Fakten sicherlich richtig, wenn dort formuliert wird: „Die grenzenlose Freiheit des Marktes wurde zum Fetisch erklärt, dem sich die demokratischen und emanzipatorischen Interessen der Staatsbürger zu unterwerfen hatten. Die Deregulierung der Märkte, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und die Einschränkung von Rechten der Arbeitnehmer dienten einer blinden Anpassung des Menschen an die Bedürfnisse und die Anforderung des Marktes ... An der Verwurzelung dieser Ideologie des Geldes und der Gier haben nicht nur Banken und Unternehmen mitgewirkt. Die Politik hat sich zu häufig den reinen Marktinteressen untergeordnet und bereitwillig zum Erfüllungsgehilfen der Wirtschaft gemacht. Teile der Wissenschaften haben die Begründungen dafür geliefert, Medien haben diese Ideologie unkritisch propagiert. Mit anderen Worten: Die Krise ist nicht vom Himmel gefallen und sie ist auch kein Naturereignis, sondern sie ist das Ergebnis menschlichen Wollens und Handels.“ (FAZ Nr. 72 vom 26.03.2009). Die Frage bleibt daher, ob die Politik national und international die Kraft aufbringt, die Spieltische des Casinokapitalismus zu schließen und das Weltwirtschaftssystem sozial und ökologisch zu gestalten. Aber vielleicht rebellieren irgendwann auch die Steuerzahler, wenn sie die Rechnung der neuen Staatsschulden präsentiert bekommen.

Fair Teilen statt Sozial Spalten

Aufruf zu einer politischen Zeitansage auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010

Netzwerk „ÖKT 2010“

KURZFASSUNG FÜR EILIGE LESERINNEN UND LESER:

Die neoliberale Globalisierung steht vor einem Scherbenhaufen aus globalen Krisen. Auf ökologische Zerstörung und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich antworten wir als Christinnen und Christen. Wir Unterzeichnende dieses Aufrufs wollen eine Ökonomie, die sich an den ethischen Leitbildern der Bibel ausrichtet: Gerechtigkeit, Teilen, Bewahrung der Schöpfung – denn es ist genug für alle da. Was wir fordern, bedeutet nichts weniger als eine soziale und ökologische Revolution; einen Neubeginn, der uns ein gerechtes und nachhaltiges Leben erst ermöglicht.

Der Ökumenische Kirchentag 2010 muss sich den globalen Herausforderungen stellen. Er darf nicht Schaubühne für Politiker und Ort der Beschwichtigung werden. Im Sinne unserer Forderungen wollen wir gemeinsam auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010 soziale Bewegung für unsere Forderungen entfachen. Wir nehmen die Politik, unsere Kirchen wie auch uns selbst in die Pflicht: Fair teilen statt sozial spalten!

Wir stehen vor einem Scherbenhaufen aus globalen Krisen. Trotz hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten über zwei Jahrzehnte leben 2,6 Milliarden Menschen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Die Preise für Lebensmittel, Öl und andere Rohstoffe explodieren. Auf allen Kontinenten wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Menschen werden aus ihrer Heimat vertrieben, Hunderttausende sterben in kleinen und

großen Kriegen. Das Erdklima wird wärmer, Natur wird zerstört. Arten sterben aus. Die Belastbarkeit des Planeten stößt an ihre Grenzen.

Diese globalen Krisen sind keine Naturereignisse. Sie sind die Folgen von Entscheidungen, die Menschen getroffen oder versäumt haben. Deshalb fordern diese Krisen uns als Christinnen und Christen heraus. Wir engagieren uns in unterschiedlicher Form für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Und wir werden nicht zulassen, dass Mensch und Natur weltweit wirtschaftlichen und politischen Machtinteressen geopfert werden. Denn wir wissen aus unserem Engagement: Eine andere Welt ist möglich, wenn der Wille dazu da ist.

ARMES REICHES LAND

„Tiefe Risse gehen durch unser Land“, beklagten die Kirchen in ihrem Wirtschafts- und Sozialwort von 1997. Seither ist dieses Land viel reicher geworden – aber die Risse in der Gesellschaft noch viel tiefer. Die Renditen der Kapitaleigner und die Spitzengehälter sind stark angestiegen. Doch Millionen Kinder wachsen in Armut und ohne Chancen auf. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten Billiglöhne. In Kindergärten, Schulen, in Krankenhäusern und an Universitäten entscheidet immer öfter der Geldbeutel über die Lebenschancen. Sinkende Einkommen setzen vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern unter Druck.

Im Land des Exportweltmeisters verfällt der Wert der Erwerbsarbeit dramatisch. Geringfügige Beschäftigung, zumeist von Frauen erbracht, schafft keine soziale Sicherheit. Mehr als eine Million Vollzeitbeschäftigte müssen staatliche Zuschüsse beantragen, weil sie von ihrer Arbeit nicht leben können. Befristete Arbeitsverhältnisse schaffen ein neues Nomadentum und verbauen eine verlässliche Lebensplanung. Zeit- und Leiharbeit boomen. In den Belegschaften stehen immer mehr ungesicherte Arbeitskräfte immer weniger Stammkräften gegen-

über und werden gegeneinander ausgespielt. Und Migrantinnen und Migranten werden nur geduldet, wenn sie der Wirtschaft dienen. Ansonsten sollen sie draußen bleiben.

Die Gesellschaft ist tief gespalten: Ein Viertel der Menschen ist von Armut bedroht. Millionen werden faktisch aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Der Mittelstand schrumpft und fürchtet den Abstieg. Umgekehrt verabschieden sich viele Reiche von der Gesellschaft. Sie vermehren ihr Vermögen, ohne viel zu einem gerechten Gemeinwesen beizutragen. Kurzum: Das Versprechen des Wohlstands für Alle der Sozialen Marktwirtschaft ist gebrochen.

DIE VERANTWORTUNG DER POLITIK

Diese soziale Zerrüttung ist kein Naturereignis. Sie ist maßgeblich politisch verschuldet. Seit mehr als zwei Jahrzehnten folgt die deutsche Politik wirtschaftsliberalen Parolen. Sie hat die Unternehmen von Steuern und Abgaben entlastet, den Arbeitsmarkt liberalisiert und viele staatliche Dienste privatisiert – bis hin zur Altersvorsorge und zum Gesundheitssystem. Diese Politik setzt die Menschen der wirtschaftlichen Konkurrenz ungeschützt aus: Der Stärkere siegt, die Schwächeren bleiben auf der Strecke. Eine Gesellschaft, in der nach christlich-jüdischen Maßstäben von Fairness, Gerechtigkeit und Solidarität einer des anderen Last trägt, ist in weite Ferne gerückt. Gleichzeitig fehlt der politische Wille, neue Arbeitsplätze zu fördern und mehr in Bildung und andere soziale Dienste zu investieren. Der private Reichtum wächst – die öffentliche Armut auch.

Weltweit läuft die gleiche Entwicklung. Seit den 1980er Jahren hat die Politik den Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital dem freien Markt überlassen. Gerade die armen Länder wurden gezwungen, unkontrollierte Auslandsinvestitionen und subventionierte Agrarprodukte ins Land zu lassen, soziale Abgaben zu senken und ihre sozialen

Dienste zu privatisieren. Jetzt beherrschen globale Konzerne und Finanzinvestoren die Welt. Mit der Globalisierung der Wirtschaft beginnt sich in einigen Schwellenländern ein Mittelstand zu entwickeln. Dennoch sind die sozialen Gegensätze noch größer geworden: in den reichen Industrieländern, zwischen Wohlstandsländern und vielen Ländern des Südens und auch in den Ländern des Südens und Ostens.

Die Globalisierung verbreitet die Wachstumswirtschaft der Industriestaaten mit ihrem ungeheuren Ressourcenverbrauch in jede Ecke der Erde. Die Eliten im Süden kopieren den Norden. Alle Menschen auf der Erde wollen so leben, wie die Reichen leben, wozu sie so lange das Recht haben, wie die Reichen sich dieses Recht nehmen. Doch das herrschende Wachstumssystem stößt an die Grenzen des Planeten: ökologisch und sozial. Ökologisch, weil das globale Wirtschaftswachstum die Natur immer rasanter zerstört. Sozial, weil die steigenden Preise für Rohstoffe und Lebensmittel überall zuerst die Armen treffen.

Ein simples „Weiter so“ auf dem Weg der Globalisierung ist keine Lösung. Der Neoliberalismus ist am Ende. Deshalb sind wir gefordert, Auswege und Alternativen einzubringen. Was ansteht, ist nicht weniger als eine soziale und ökologische Revolution; ein Neubeginn, der uns ein gerechtes und soziales Leben erst ermöglicht.

DAS KAMEL UND DAS NADELÖHR

Zu diesen Entwicklungen können und wollen wir als Christinnen und Christen nicht schweigen. Die ethische Grundorientierung unseres Glaubens ist „Gottes vorrangige Option für die Armen und Ausgegrenzten“, wie es auch im Wirtschafts- und Sozialwort heißt. In einer Zeit, in der die Schöpfung bedroht ist und in der Armut ebenso wächst wie privater Reichtum, brauchen wir eine Ökonomie, die sich an den ethischen Leitbildern der Bibel ausrichtet: Gerechtigkeit, Teilen, Bewahrung der Schöpfung – denn es ist genug für alle da. Möglich werden solche Stra-

tegien nur, wenn unbequeme Themen wie Reichtum, Wirtschaftswachstum, Macht und Eigentum nicht weiter tabuisiert werden.

„Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt“ (Mk 10,25). So radikal formuliert die Bibel ihre Kritik an den Reichen. Damit wird der Reichtum nicht einfach verteufelt. Es wird klar unterschieden: Reichtum, der zum Wohlstand aller beiträgt und mit den Armen geteilt wird, ist ein Segen. Reichtum, der nicht mit den Armen geteilt wird oder durch Beugung des Rechts und durch unfairen Handel erzielt wurde, ist ein Fluch. So ist das Kamel für uns das provokative Symbol für eine gerechte Umverteilung von Reichtum zu Gunsten der Armen. Schließlich leben wir nicht nur in einem reichen Land, sondern in einer reichen Welt. Eine Welt, in der das Teilen des Reichtums zur Grundlage des Überlebens wird, kennt sicherlich auch Kamele, die durch Nadelöhre gehen. So bedeutet uns das Kamel nicht nur ein Zeichen der Mahnung. Für uns ist es auch ein Hoffnungssymbol für ein Leben aus der Erinnerung an Gleichheit und Teilen (Lk 4,18; Lk 19,8; Apg 4,35) und der biblischen Vision eines Lebens aus der Hoffnung auf das Festmahl der Befreiten (Offb 21).

So ermutigt uns das Wirtschafts- und Sozialwort und schärft unseren Blick, Heil und Erlösung in den gesellschaftlichen Konflikten und Spaltungen unserer Zeit zu suchen, wenn es dort heißt: wir „können nicht das Brot am Tisch des Herrn teilen, ohne auch das alltägliche Brot zu teilen. Ein weltloses Heil könnte nur eine heillose Welt zur Folge haben. Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung, die ihr aus ihrem Glauben an Gottes Solidarität mit den Menschen (...) erwächst.“ Das Engagement für eine Welt des Teilens und für eine Wirtschaftsweise, die die Schöpfung bewahrt, ist Verpflichtung für jeden von uns.

Doch so notwendig und wertvoll das Engagement der Einzelnen ist – es kann globale Probleme alleine nicht lösen. Dazu braucht es politisches Engagement für Regeln, Anreize und Gesetze, die alle gleicher-

maßen binden. Von den Kirchen erwarten wir beides: das Engagement in den Gemeinden und den Mut zu prophetischer Provokation. Wer sonst soll das gerechte Teilen, den fairen Umgang mit ihren Beschäftigten und den bewahrenden Umgang mit den Ressourcen vorleben, wenn nicht die Kirchen, die diese Ziele predigen? Wer sonst könnte die prophetische Kraft haben, um jene unbequemen Fragen über eine gerechte Zukunft für alle Menschen an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zu stellen, wenn nicht die Kirchen?

DIE GROSSE CHANCE: DER ÖKUMENISCHE KIRCHENTAG

Für diese prophetische Zeitansage bietet sich den Christinnen und Christen eine große Chance: der ökumenische Kirchentag in München im Jahr 2010. Die Kirchen des Südens fordern uns in den Kirchen des Nordens schon lange zu Konsequenzen aus den globalen Krisen auf. Deshalb gilt es jetzt, die unbequemen Fragen zum Thema zu machen, die von breiten Kreisen in Politik und Gesellschaft gerne ausgespart werden: jene nach einer gerechten Verteilung des Reichtums, nach einer gerechten Teilhabe aller an wirtschaftlicher und politische Macht und nach einem Wirtschaftssystem jenseits des unbegrenzten Wachstums. Hier gilt es, die Politikerinnen und Politiker zur Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen zu bewegen, statt sie kurz einfliegen, reden und Beifall abholen zu lassen. Katholiken- und Kirchentage waren immer ein Forum der breiten Debatte und Kristallisationspunkte sozialer Bewegungen. In den vergangenen Jahren wurden sie jedoch vermehrt zu Showbühnen, in denen Ausgewogenheit vorherrscht und kontroverse Positionen die Ausnahme blieben.

Wir wünschen uns einen Ökumenischen Kirchentag, auf dem klare Forderungen für mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich und für die Bewahrung der Schöpfung offen diskutiert werden – ohne falsche Rücksicht auf politische Ausgewogenheit und gesellschaftliche, aber auch kirchliche Machtstrukturen. Krisen eröffnen auch Chancen. Aber

nur dann, wenn mutig und ohne Tabus über neue Wege und Strategien diskutiert wird. Wir wollen, dass unsere Kirchen dabei voran gehen. Deshalb stellen wir Fragen an unsere Gesellschaft, und auch an unsere Kirchen als Institution. In die Diskussionen auf dem Kirchentag wollen wir gemeinsam mit folgenden zentralen Forderungen eintreten:

1. Soziale Sicherheit für Alle

Die sozialen Sicherungssysteme müssen allen Menschen ein Leben in Würde mit und ohne Erwerbsarbeit ermöglichen: garantierte Mindestlöhne, mehr Kindergeld und eine armutsfeste Grundsicherung sind wichtige Grundelemente, um Armut in jedem Alter und in jeder Lebenssituation zu verhindern. Gesundheit, gute Ernährung und menschenwürdige Pflege sind unteilbare Rechte, zu denen jeder und jede gleichen Zugang haben muss, unabhängig von Geldbeutel und Bildung.

2. Fair beteiligen

Alle Menschen müssen die Chance erhalten, sich in dieser Gesellschaft zu verwirklichen und an ihren Entscheidungen und an ihrem Reichtum teilzuhaben. Dies erfordert ein Bildungssystem, das alle Schülerinnen und Schüler möglichst frühzeitig fördert und nicht auf Auslese und Elitusbildung setzt. Gute Bildung muss mehr sein als Ausbildung und ein Leben lang für alle gebührenfrei zugänglich sein. Im Arbeitsleben gilt es, neue Formen des Teilens von Arbeit zu entwickeln: zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Beruf und Familie, Ruhestand und Beruf und zwischen verschiedenen Formen von Arbeit. Zudem erfordert die verstärkte Macht der Kapitaleigner einen Ausbau der Wirtschaftsdemokratie.

3. Fair teilen

Soziale Sicherheit und gleiche Lebenschancen brauchen mehr Investitionen in den Sozialstaat und in öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Busse und Bahnen. Das können wir nur finanzieren, wenn die, die höhere Lasten tragen können, auch verbindlich einen höheren Beitrag leisten. Beiträge für die Sozialversicherungen sollten künftig nicht nur auf Löhne und Gehälter, sondern auch auf Zinsen, Börsenerträge, Gewinne und Mie-

teinkünfte erhoben werden. Das Steuersystem wird erst gerecht, wenn Steuerschlupflöcher geschlossen und Löhne, Gehälter, Gewinne, Zinsen, Kapitalerträge und Erbschaften gerecht besteuert und wieder eine Steuer auf Vermögen eingeführt wird. Eigentum muss wieder sozialpflichtig werden, wie es das Grundgesetz fordert

4. Die Globalisierung friedlich, sozial und ökologisch steuern

Der Weltmarkt kann erst gerecht werden, wenn die reichen Länder ihre Privilegien in der Welthandelsorganisation, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds aufgeben. Die Exportsubventionen müssen gestrichen werden und die armen Länder ihre Märkte vor Billigimporten schützen können. Transnationale Konzerne müssen verbindliche soziale und ökologische Mindeststandards einhalten. Finanzmärkte brauchen Regulierung und Kontrolle: durch die Schließung von Steueroasen, durch eine Finanzumsatzsteuer, durch eine Risikohaftung für Spekulanten. Das international verbindliche Ziel, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Entwicklungs-Zusammenarbeit zu investieren, um die Armut zu bekämpfen, sollte in einer Welt, in der jedes Jahr 1.200 Milliarden US-Dollar für Waffen zur Verfügung stehen, kein Problem sein. Knappe natürliche Ressourcen müssen fair geteilt werden, statt den Zugang zu ihnen militärisch zu sichern oder zu erkämpfen.

5. Ökologisch wirtschaften und das Klima schützen

Eine ökologische Wirtschaftsweise, die das Klima schützt, erfordert mehr als Energiesparlampen und Absichtserklärungen zur Einsparung von Treibhausgasen. Das fossile und atomare Industriesystem muss konsequent in eine energieeffiziente solare Dienstleistungswirtschaft umgebaut, die Energieversorgung der reichen Länder bis 2050 vollständig auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. Die Unternehmen sind dann Teil einer Kreislaufwirtschaft, die regionale Produktion hat Vorrang vor globaler Produktion, öffentlicher Verkehr vor Individualverkehr, ökologische Landwirtschaft vor konventioneller Landwirtschaft. Dieser Wandel wird unseren Wirtschafts- und Lebensstil international verträglich machen und gute Arbeit für Millionen schaffen. International haften die reichen Länder für Klimaschäden in den armen Staa-

ten, die vom Klimawandel stark betroffen sind, obwohl sie wenig dazu beitragen. Und die reichen Länder unterstützen den Klimaschutz in den armen Ländern – zum Beispiel durch den kostenlosen Transfer von Umwelttechnologie.

Uns allen ist klar: Der Ökumenische Kirchentag braucht Bewegung. Kirchen- und Katholikentage waren Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Diskussion zur Ächtung von Massenvernichtungswaffen, zur Überwindung der Apartheid und zur Entschuldung der Entwicklungsländer. Wir wollen gemeinsam auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010 soziale Bewegung für unsere Forderungen entfachen. Die Zeit ist reif: Fair teilen statt sozial spalten!

Die Liste der Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner wurde am 30.9.2008 veröffentlicht.

Netzwerk „ÖKT 2010“

c/o Katholische Arbeitnehmer-Bewegung

Bernhard-Letterhaus-Str. 26 · 50670 Köln

Tel. 0221-77 22 201 · Fax 0221 - 77 22 116 · kontakt@oekt-netz.de

An der Erstellung des Texts waren beteiligt:

Manfred Abt (Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck), Rolf Adler (Haus kirchl. Dienste. Landeskirche Hannover), Richard Bähr (Publik Forum), Brigitte Bertelmann (Zentrum Gesellsch. Verantwortung EKHN; KDA-Bundesvorstand), Simone Brietzke (Initiative Akademie Solidarische Ökonomie), Klara Butting (Junge Kirche), Veronika Dehnhard (AK Ökonomie und Kirche Berlin), Markus Demele (Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik), Ulrich Duchrow (Kairos Europa), Bernhard Emunds (Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik), Sven Giegold (Attac/BUND), Martin Gück (KAIROS Europa), Michael Held (Arbeitsstelle Praktische Schritte), Friedhelm Hengsbach SJ (Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik), Martin Huhn (KDA), Wolfgang Kessler (Publik Forum), Thorsten Klein (EIRENE), Angela König (EIRENE), Jobst Kraus (Ev. Akademie Bad Boll), Stephen Makinya (CAJ Deutschland), Werner Rätz (Attac), Sigrid Reihs (Bundesvorsitzende des KDA), Rona Röthig (Hendrik-Kraemer-Haus Berlin), Michael Schäfers (KAB Deutschlands), Peter Schönhöffer (Ökumenisches Netz in Deutschland), Gunter Schwarze (AK Ökonomie und Kirche Berlin), Franz Segbers (Diakonisches Werk in Hessen & Nassau), Georg Stoll (Misereor), Reinhard Voß (Pax Christi), Thomas Wagner (Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik), Bernd Winkelmann (Initiative Akademie Solidarische Ökonomie), Thomas Wystrach (Leserinitiative Publik), Heribert Zingel (Pax Christi Bistum Limburg)

Buchbesprechung

Politik ohne Gewalt

Stefan Federbusch ofm

Michael Nagler, Egon Spiegel, *Politik ohne Gewalt. Prinzipien, Praxis und Perspektiven der Gewaltfreiheit*, Friedenswissenschaft Bd. 1, Lit-Verlag Berlin 2008, 196 S., 17,90 Euro.

Beim Thema Gewaltfreiheit werden zumeist die großen Gestalten des letzten Jahrhunderts als Vorbilder gelungener Praxis genannt. Franziskus hat im 12. Jh. als Gegenmodell zur gewaltbehafteten Kreuzzugsmentalität seiner Zeit auf vielfache Weise Beispiele gewaltfreien Handelns geliefert. Insofern bietet das zu besprechende Buch eine spannende Lektüre für franziskanisch orientierte Menschen. Immer wieder drängen sich Parallelen zu Franziskus auf, wie im Artikel „Unterwegs mit veröhntem Herzen. Gewaltlosigkeit als franziskanisches Prinzip“ dargestellt (vgl. diese Tauwetter-Ausgabe, folgender Artikel). Allerdings wird Franziskus von den Autoren nur einmal mit einer kurzen Episode erwähnt (S. 108).

Der vorliegende Band ist der erste der von Michael Nagler und Egon Spiegel herausgegebenen Reihe „Friedenswissenschaft: Friedensforschung – Friedenserziehung – Friedensarbeit“. Dem Verständnis der Autoren nach kann sie nur interdisziplinär, interkulturell international sowie mit Blick auf alle Ebenen des sozialen Zusammenlebens (Mikro-, Meso- und Makroebene) betrieben werden. Die Reihe dient der Veröffentlichung von Studien zu unterschiedlichen friedenswissenschaftlichen Themenstellungen. Der erste Band widmet sich dem Thema „Gewaltfreiheit“. Die Autoren gehen von einem „naturgesetzlichen

Zusammenhang“ zwischen Frieden und Gewaltfreiheit aus: „dass Frieden nicht auf Wegen der Gewalt, sondern – realistisch – nur auf friedlichen Wegen angebahnt und angenähert werden kann“ (S. 5).

Das Buch gliedert sich in zwei große Blöcke sowie einen umfangreichen Anhang.

Block I ist von Prof. Dr. Michael Nagler geschrieben. Er ist Emeritus für Klassische und Vergleichende Literatur an der University of California, Berkeley (USA) und Leiter des dortigen Peace and Conflict Studies Programm, Gründer und Vorsitzender des Metta Center for Nonviolence Education. Michael Naglers Beitrag (S. 13-54) ist überschrieben: „Gewaltfrei aus Prinzip. Theorie und Praxis der Gewaltfreien Aktion“. In sieben Schritten erläutert er die wichtigsten Grundlagen der Gewaltfreiheit.

Für Block II zeichnet Prof. Dr. Egon Spiegel verantwortlich. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Praktische Theologie der Universität Vechta und Leiter der dortigen Arbeitsstelle Friedenswissenschaft. Sein Beitrag (S. 55-140) lautet: „Ohne Gewalt leben. Spiritualität und Praxis gewaltfreier Weltgestaltung“. Neben theoretischen Erwägungen zeigt er anhand des Tabuzonenmodells auf, wie die Ächtung von Gewalt praktisch gelingen kann.

Wie aus den Überschriften hervorgeht, handelt es sich um Grundsatzartikel mit darstellendem Charakter. Michael Nagler beschreibt die zentralen praktischen Prinzipien der Gewaltfreiheit anhand von 7 aufeinanderfolgende Etappen einer gewaltfreien Aktion: Sich der Macht der Gewaltfreiheit bewusst sein – Den Konflikt verstehen – Klare Ziele setzen – Die richtigen Mittel einsetzen – An der Wahrheit festhalten – Mit Erfolg umgehen – Frieden schaffen. Seine Definition lautet: „Gewaltlosigkeit ist eine positive, durch Selbstüberwindung im Interesse der Wahrheit erzeugte Kraft“ (S. 18). Entscheidend ist für ihn die Erkenntnis, dass Gewaltfreiheit keine Strategie ist, sondern Prinzip, d.h. im wesentlichen eine innere Haltung, die sich in konkrete Handlungsschritte veräußert. Historisch-praktischer Bezugspunkt ist Mahatma

ma Gandhi, aber auch Martin Luther King, Nelson Mandela, Maximilian Kolbe, Dorothy Day, Adolfo Pérez Esquivel, Hildegard Goss-Mayr u.a. werden gewürdigt.

Egon Spiegel stellt in seinem Artikel heraus, dass Gewaltfreiheit der normale Alltagszustand ist und Gewalt die Ausnahme, auch wenn die mediale Vermittlung dies verschleiert. Er fordert an Stelle einer defensiven Gewaltkritik eine offensive Gewaltfreiheitsdidaktik zur Überwindung der Gewalt. Während „Gewaltlosigkeit“ eher ein „schwacher“ Begriff ist – er suggeriert Passivität und wird häufig situativ verstanden, steht „Gewaltfreiheit“ für einen prinzipiellen Gewaltverzicht. Beide Begriffe verkörpern eine Spracharmut, da sie begrifflich mit einer Negation arbeiten, anstatt positiv zu benennen, wofür sie stehen. Es geht um weitaus mehr als um „passiven Widerstand“. Gewaltverzicht setzt große „Ich-Stärke“ voraus. Im Sinne eines Dritten Weges überwindet Gewaltfreiheit den Graben zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik (vgl. S. 70).

Beide Autoren betonen, dass Gewaltfreie Aktionen Spiritualität als Grundvoraussetzung haben als Suche nach der Wahrheit. Verwiesen wird auf das Beispiel Jesu. Dieser „lebte den Gewaltverzicht als zwingende Konsequenz seiner Theologie...“ (S. 77). Gewalt wird als praktischer Atheismus verstanden und bewertet. Dialog dagegen als ein Grundpfeiler jeder gewaltfreien Aktion gesehen, Höflichkeit, Geduld und Leidensfähigkeit als Grundtugenden. Verwiesen wird auf die notwendige Unterscheidung zwischen Person und Rolle, auf die Notwendigkeit von Dialog und Kompromissuche, der Herstellung einer Vertrauensatmosphäre, des Agierens in der Öffentlichkeit, von Strategien der so genannten Dramatisierung und Fraktionierung sowie des Leidens.

Den dritten Teil des Buches bildet als Anhang ein Reisebericht von Egon Spiegel über einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt in den USA 2003 (S. 143-163 mit vielen Fotos), aus der 2007 ein Kooperationsvertrag zwischen den Universitäten Berkeley und Vechta sowie die Heraus-

gabe der Reihe Friedenswissenschaft erwachsen sind. Ein ausführliches Literatur- und Linkverzeichnis rundet das Buch ab (S. 165-193).

Das Buch ist auch für Nichtfachleute einfach und verständlich zu lesen. Es bietet komprimiert und anschaulich (Block II mit vielen Graphiken) eine fundierte Einführung in Möglichkeiten gewaltfreien Handelns. Prinzipien, Praxis und Perspektiven kommen dabei gleichermaßen zum Zuge. Historische Beispiele unterstreichen deren Plausibilität. Das Buch ist auch layoutmäßig ansprechend; neben dem fortlaufenden Text finden sich in einer schmalen Randspalte die wichtigsten Stichworte, was die Orientierung und ein Wiederauffinden wichtiger Aspekte erleichtert.

Das Werk wird seinem Klappentext vollauf gerecht: „Ein wissenschaftlich fundiertes Plädoyer für Gewaltfreiheit, eine Einführung in die Lehre der Gewaltfreien Aktion, ein Lehrbuch für Friedenserzieher/innen und Friedensaktivisten/innen“. Ich habe es mit Gewinn gelesen, nicht zuletzt als Bereicherung und Fundierung meiner eigenen franziskanschen Spiritualität.

Unterwegs mit versöhntem Herzen

Gewaltlosigkeit als franziskanisches Prinzip

Stefan Federbusch ofm

Franziskus ist ein Friedensstifter. Er bringt die Bewohner von Gubbio und den Wolf – vermutlich Symbolgestalt für einen Raubritter – zusammen, indem er einen Vertrag schließt, der Gerechtigkeit für beide Seiten schafft. Er versöhnt den Bürgermeister und den Bischof von Assisi durch die Versöhnungsstrophe des Sonnengesanges miteinander. Er bekehrt Räuber durch das gute Beispiel, indem er sie aufnimmt und bewirtet. Er führt in friedlicher Absicht mit Sultan Melek-el-Kamil ein Religionsgespräch, das wir heute interreligiösen Dialog nennen würden. Viele weitere Beispiele ließen sich anführen, dass das Handeln von Franziskus geprägt ist von Gewaltlosigkeit.

GEWALTLOSIGKEIT ALS HALTUNG UND PRINZIP

„Gewaltlosigkeit ist eine positive, durch Selbstüberwindung im Interesse der Wahrheit erzeugte Kraft“ (Michael Nagler). Gewaltlosigkeit ist vor jeder Handlung zunächst einmal eine innere Haltung. Sie beruht auf einem bestimmten Menschen- und Weltbild und damit spirituellem Fundament. Sie ist ein Weg, durch Überzeugung und nicht durch Zwang Einfluss auszuüben. Sie ist ein Ansatz, Konflikte so zu lösen, dass alle Beteiligten daraus als Sieger hervorgehen. Daher ist Gewaltfreiheit keine Strategie, sondern ein Prinzip.

BEI SICH SELBST BEGINNEN

Gewaltfreiheit ist vom Begriff her eine Negation, da er nur das beschreibt, was Gewaltfreiheit vermeiden will: Gewalt auszuüben, nicht aber positiv das Ziel benennt: ein friedliches Zusammenleben. Gewaltverzicht setzt eine große Ich-Stärke voraus. Eine Ich-Schwäche führt umgekehrt häufig zu gewaltsamen Handeln. Gewaltfreiheit beginnt stets mit der Auseinandersetzung mit sich selbst. Es gilt, die eigenen negativen Gefühle wahrzunehmen und zu überwinden. Dies nicht dadurch, dass etwa Angst oder Wut unterdrückt werden, sondern dass sie in konstruktives Handeln kanalisiert werden. „Gewaltlosigkeit ist in schöpferisches Tun umgewandelter Zorn“ (Michael Nagler).

UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN PERSON UND TAT

Entmenschlichung ist der Anfang aller Gewalt. Eine gewaltfrei handelnde Person wird daher nie eine andere Person entmenschlichen. Gewaltfreies Handeln bedeutet, sich aktiv (!) für das Wohlergehen des Gegners einzusetzen. Unterschieden wird zwischen Person und Tat; christlich: „Wir hassen die Sünde, aber nicht den Sünder“. Der Gegner wird stets als Mensch anerkannt und gewürdigt, während sein Tun klar und eindeutig verurteilt wird. Der gewaltfrei Handelnde ist bereit, auch Leid in Kauf zu nehmen. „Unverdientes Leid ist erlösend“ (Martin Luther King). Dies kann wie bei Maximilian Kolbe soweit gehen, das eigene Leben hinzugeben.

DAS RICHTIGE ZIEL HEILIGT KEINE FALSCHEN MITTEL

Gewaltfreiheit bedeutet die Bereitschaft zu Kompromissen und Flexibilität in Bezug auf Strategien und Methoden. Das richtige Ziel darf nie mit falschen Mitteln herbeigeführt werden. Das Ziel heiligt also nicht

die Mittel. „Die Mittel sind die Ziele im Samen“ (Mahatma Gandhi). „Am Ende ist der innere Geist der Gewaltfreiheit, der immer bereit ist zu vergeben, Compassion zeigt und Versöhnung sucht, das Markenzeichen unseres ‚Erfolges‘.“ (Michael Nagler

Die hier beschriebenen Kriterien finden sich alle bei Franziskus wieder. Sie könnten anhand der oben genannten Begebenheiten und Erzählungen nachgewiesen werden. Ich möchte darauf verzichten und stattdessen Franziskus selbst durch seine Schriften zu Wort kommen lassen. Insbesondere in den Ermahnungen und in den Regeln betont Franziskus die Wichtigkeit gewaltfreien Handelns.

GEWALTFREIHEIT IN DEN SCHRIFTEN VON FRANZISKUS

Selbstläuterung: „Was der Mensch vor Gott ist, das ist er“ (Erm 19), Bild Gottes (Erm 5), aber auch Sünder. Franziskus beginnt stets bei sich selbst und mahnt seine Brüder, bei der Änderung der eigenen Gewohnheiten zu beginnen (Erm 2;9;10;22;23). Wer bei jeder Kleinigkeit in Aufregung gerät, der ruht nicht in sich selbst und lebt nicht im Frieden mit sich selbst (Erm 14;15).

Geduld und Demut: Damit verbunden sind die Tugenden von Demut und Geduld (Erm 13;23). Erst in schwierigen Zeiten zeigt sich, wie innerlich gefestigt jemand ist. „Wie ihr den Frieden mit dem Mund verkündet, so und noch mehr sollt ihr ihn in eurem Herzen tragen“ (3 Gef 58). Im lat. Wort für Geduld „patientia“ schwingt „pati“ = leiden und „passion“ = Leiden mit (s.u.).

Höflichkeit: Für Gandhi zählte Höflichkeit zur Grundtugend der Gewaltlosigkeit. Franziskus war es wichtig, jedem stets mit Höflichkeit und Ehrerbietung zu begegnen. Er nahm sich vor, „niemandem ein unrechtes oder anstößiges Wort zu sagen“ (3 Gef 3). Ebenso „denen in

keiner Weise zu antworten, die Unanständiges zu ihm redeten“. Schweigen kann im Sinne der Gewaltlosigkeit eine moralische Pflicht sein, wenn Reden die Bedeutung von Mitmachen bekommt. Jesus wählt gegenüber Pontius Pilatus das Schweigen, um nicht durch seine Mitarbeit das ungerechte Verfahren zu legitimieren.

Trennung zwischen Rolle und Person: Das Einzige, was einem Knecht Gottes missfallen darf, ist die Sünde (Erm 11). Der Person – auch meinem Feind – ist Gutes zu tun. „Jener jedenfalls liebt seinen Feind wahrhaftig, der nicht Schmerz über das Unrecht empfindet, das jener ihm selber antut, sondern der um der Liebe Gottes willen wegen der Sünde seiner Seele entbrennt. Und er möge ihm in Werken Liebe erweisen“ (Erm 9). Niemand soll andere wegen ihrer Sünden verachten und verurteilen (Erm 26; NbReg 5,7). Urteilen offenbart meist eine Haltung der Überlegenheit. Sie setzt den anderen herab, um das eigene Ich zu bestätigen. Franziskus geht es darum, den Anderen anzunehmen wie er ist und das Gute in ihm zu sehen, das Gott (in ihm) wirkt. Selbst wenn dies schwer fällt, rät Franziskus dazu, auf verbale Gegenattacken zu verzichten und stattdessen das eigene Lebenszeugnis dagegen zu setzen: „Und wenn wir sehen oder hören, dass Menschen Böses sagen oder tun oder Gott lästern, dann wollen wir Gutes sagen und Gutes tun und Gott loben“ (NbReg 17,19).

Untertan sein: Franziskus bezeichnete sich und seine Brüder als „Mindere“, die anderen nicht nur dienen, sondern gar „untertan“ sein sollen. Selbst den Muslimen (NbReg 16), eine für damalige kirchliche Verhältnisse unglaubliche Forderung. Macht im Sinne von „Befähigung zu etwas“ ist etwas Positives, Macht im Sinne von „Macht über Jemanden“ wird von Franziskus stets kritisch gesehen. Jedes Dienstant im Orden ist nach dem Beispiel der Fußwaschung auszuüben (Erm 4; Bregl 10,6; NbReg 5,9 - „Minister“ = Diener). Jeder Eigenruhm und Stolz ist Franziskus ein Dorn im Auge (Erm 12;17;19;28). Jedes „sich etwas Aneignen“ wird von ihm scharf verurteilt (BReg 6,1; NbR 7,13), denn jeder Besitz ist nur mit Waffen zu verteidigen und Ursache von Streit. Stattdessen möchte er Geschwisterlichkeit. Sie ermöglicht ein Teilen der

Güter und damit Solidarität. Dem „Erobern“ und „Unterwerfen“ setzt Franziskus auch eine Gewaltlosigkeit in der Sprache entgegen.

Friedensbringer: Franziskus und seine Brüder waren eine Friedensbewegung. Wo sie auch hinkamen, entboten sie den Menschen den Frieden. „Bei jeder Predigt flehte er [Franziskus], bevor er den Versammelten das Wort Gottes verkündigte, den Frieden herab mit den Worten: ‚Der Herr gebe euch den Frieden!‘“ (1 Cel 23). Laut Regel sollen die Brüder nicht streiten, sich nicht in Wortgezänk einlassen, sondern milde, friedfertig und bescheiden, sanftmütig und demütig sein (BReg 3,11). Sie sollen vor allem durch ihr Handeln und gutes Beispiel Zeugnis geben.

Spiritualität: Die Verbindung von Kontemplation und Aktion erfolgt bei Franziskus durch seinen Rückzug in die Einsamkeit der Einsiedeleien. Hier holt er sich neue Kraft für seine ausgedehnten Predigtwanderungen zur Verkündigung des Evangeliums.

Bereitschaft zum Leid: Friedfertig sind jene, die um Jesu Christi willen in dieser Welt Leid ertragen und dabei den Frieden bewahren (Erm 15). Franziskus war bereit, für seine Lebensweise Spott und Hohn und körperliche Misshandlung zu ertragen. Er hatte ein großes Mitgefühl für andere (vgl. Zitat oben: „com-passion“ = Mit-Leid).

NACHFOLGE JESU DURCH GEWALTFREIHEIT

In seiner Nachahmung („imitatio“ = Imitation) Jesu ist Franziskus konsequent gewaltfrei. Entscheidendes Kriterium ist für ihn stets das Evangelium. Kritik (auch an der Kirche) übt er nonverbal durch das eigene Beispiel und das Zeugnis des eigenen Lebens. Evangeliumswidrigen Anordnungen wie dem Aufruf zum bewaffneten Kreuzzug verweigert er sich. Er löst die Kultur der Eroberung ab durch eine Kultur der Wertschätzung, des Respekts und der Ehrfurcht. Besonders deutlich wird

dies in seiner Missionsregel: Die Brüder soll nicht „contra“ = gegen die Ungläubigen ziehen, wie zu seiner Zeit auch die Kirche einforderte, sondern „inter“ = zu ihnen gehen und unter ihnen leben mit Interesse = dazwischen sein.

Diese evangeliumsgemäße Kultur gilt für Menschen ebenso wie für die Schöpfung. Franziskus macht die Erfahrung des Beschenktseins, die Erfahrung des „Gratis“ [vgl. gratia = Gnade], die Erfahrung des Umsonst-Beschenktwerdens. Diese Erfahrung sieht den Eigenwert der Dinge, nicht nur ihren Gebrauchswert. Diese Erfahrung wirkt sich prägend aus auf den Umgang mit Menschen, auch und besonders auf den Umgang mit Fremden und Andersgläubigen. Alle, Freund oder Feind, Dieb oder Räuber, sollen gütig aufgenommen werden (NbReg 7,14). Aus einem versöhnten Herzen wächst Franziskus die Kraft zu Versöhnung und Friedensstiftung. Dies ist sein Vermächtnis und Auftrag an die Schwestern und Brüder der Franziskanischen Familie heute und an alle, die nach der Weise des Evangeliums leben wollen.

Hinweis: Die Zitate sind entnommen: Michael Nagler / Egon Spiegel, Politik ohne Gewalt. Prinzipien, Praxis und Perspektiven der Gewaltfreiheit, Lit-Verlag Berlin 2008.

Die Missionszentrale der Franziskaner, Bonn, lädt ein:

Studienreise nach Südindien vom 7. bis 28. Januar 2010

Thema: „*Der eine Geist und die Vielfalt der Religionen*“

Reiseleitung: P. Francis Kaviyil OFM

Kosten (Reise und Unterbringung): 2.150,- Euro

Informationen und Anmeldung (bis zum 30.10.09):

Missionszentrale der Franziskaner / P.Francis Kaviyil

Postfach 200953, 53139 Bonn, Tel. 02 28 / 953 35 431 (P. Francis)

Fax 02 28 / 953 54 40, francis@mzf.org

TAUWETTER

...FRANZISKANISCHE ZEITSCHRIFT FÜR GERECHTIGKEIT,
FRIEDEN UND BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

2002

- 1 AFGHANISTAN – DAS UNBEKANNTE LAND AM HINDUKUSCH
- 2 AFGHANISTAN –MEHR ALS 2 JAHRZEHNTE KRIEG
- 3 ISRAEL UND PALÄSTINA – EIN LAND UND ZWEI GERECHTIGKEITEN
- 4 EHRFURCHT VOR DER SCHÖPFUNG

2003

- 1 KRIEG – NIEDERLAGE DER MENSCHHEIT
- 2 INTERNATIONALER RAT DES FRANZISKANERORDENS
FÜR GERECHTIGKEIT, FRIEDEN UND BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG
- 3 MIT EIGENSINN UND GOTTESGESPÜR:
KLARA VON ASSISI ZUM 750. TODESTAG
- 4 WASSER ALS LEBENSGUT

2004

- 4 DER SUDAN ZWISCHEN MACHTKAMPF UND VÖLKERMORD
- 3 GEWALTFREI
- 2 ZWEI KLASSEN MEDIZIN
- 1 MENSCHENWÜRDIG STERBEN

2005

- 4 EUROPÄISCHE IDENTITÄT
- 3 SOZIALSTAAT DEUTSCHLAND
- 2 DER HERR GEBE DIR DEN FRIEDEN – EINE NEUE WELT IST MÖGLICH
- 1 PAX AMERICANA

2006

- 4 INTERKULTURELLES ZUSAMMENLEBEN –
MUSLIME UND CHRISTEN IN DEUTSCHLAND
- 3 20 JAHRE FRIEDENSGETET VON ASSISI
- 2 OSTAFRIKA: DIE WUNDE IM FLEISCH
- 1 ROTE KARTE FÜR DEN MENSCHENHANDEL

2007

- 4 ELISABETH – EINE LEIDENSCHAFTLICHE FRAU
- 3 KOLUMBIEN: DIE SCHATTEN DES TODES
- 2 DIE SACHE DES FRIEDENS
- 1 WELTZOZIALFORUM NAIROBI 2007

2008

- 1 BEDROHT – VERFOLGT – VERTRIEBEN:
FLÜCHTLINGSSCHICKSALE IN OSTAFRIKA
- 2 GELD: GOTT-GÖTZE-GERECHTIGKEIT
- 3 FRANZISKANER IM DIALOG MIT DEM ISLAM
- 4 DER AFGHANISTAN – KONFLIKT

2009

- 1 ANSTÖSSE ZUR MENSCHLICHKEIT

Bestellung alter Hefte (vgl. www.tauwetter-online.de)

REDAKTION TAUWETTER, IMMERMANNSTRASSE 20,

POSTFACH 240139, 40090 DÜSSELDORF

REDTAUWETTER@AOL.COM